



Bundesverband e.V.

Kreisverbände Frankfurt am Main und Wiesbaden: Prüfungen werden fortgesetzt

Berlin, den 03.01.2020. Am 19. Dezember 2019 erklärte das Präsidium der AWO Frankfurt geschlossen seinen Rücktritt. Der AWO Bundesverband hat dies zur Kenntnis genommen und wird seine Prüfungen fortsetzen. Nach Abschluss der Prüfungen wird der AWO Bundesverband über die Ergebnisse informieren. Wolfgang Stadler, Vorstandsvorsitzender des AWO Bundesverbandes, erklärt dazu:

„Unser Ziel ist die lückenlose Aufklärung aller Vorwürfe, daran arbeiten wir im Moment mit einer umfangreichen Prüfung. In den kommenden Wochen wird der AWO Bundesverband Gespräche mit der Stadt Frankfurt führen, um gemeinsam an der Aufklärung zu arbeiten und die Situation für diejenigen zu stabilisieren, die vor Ort wichtige Arbeit für die Menschen leisten. Wir werden alle Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen und die AWO in Frankfurt am Main und Wiesbaden unbelastet auf einen neuen Weg bringen, um das unersetzliche Engagement der Haupt- und Ehrenamtlichen für die Gemeinschaft wieder zu ermöglichen.“

Der AWO Bundesverband fordert dafür absolute Transparenz und Übermittlung aller Informationen über die relevanten Vorgänge. Die beteiligten Kreisverbände Frankfurt am Main und Wiesbaden, weitere Gesellschaften und die Johanna-Kirchner-Stiftung müssen vollständig entflochten werden. Alle Verträge mit ausgeschiedenen Funktionsträgern müssen geprüft, alle Zahlungen aus ungültigen bzw. nicht rechtswirksam abgeschlossenen Verträgen müssen eingestellt und zurückgefordert werden. Personen, deren geschäftliche Interessen ihre Tätigkeit bei der AWO beeinflussen, müssen ihre Mandate aufgeben. Unangemessene Gehaltsstrukturen, Pauschalzulagen und fragwürdige Dienstwagenregelungen müssen beendet werden. Sofern begründet und geboten, sind durch die Kreisverbände auch rechtliche Schritte gegen die Verantwortlichen einzuleiten.

Der AWO Bundesverband hat im Jahr 2019 aufgrund von verbandsinternen Compliance-Anforderungen und den aktuellen Sachverhalten keine Fördermittel an die beiden Kreisverbände weitergeleitet. Anfang September begann die Prüfung der Vorwürfe gegen die Kreisverbände Frankfurt und Wiesbaden.